

Wirtschaft rät zum Abzocker-Boykott – Ulrich Giezendanner ist empört

TEILNEHMEN ZWISCHENERGEBNIS

Sollen Konsumenten Firmen mit überrissenen Managerlöhnen boykottieren?



- Ja
- Nein

[Stimmen Sie jetzt ab](#)

Eine Publikation der **Industrie- und Handelskammer** zur 1:12-Initiative irritiert. Konsumenten wird geraten, keine Produkte von Firmen zu kaufen, deren Manager sie für überbezahlt halten. SVP-Nationalrat Giezendanner spricht von einem Boykottaufruf. von Urs Moser

ÄHNLICHE THEMEN



Lohnschere von 1:124
– Schweizer Managerlöhne pendeln sich auf sehr hohem Niveau ein

Aktualisiert am 24.06.13, um 09:31

[Kommentar schreiben](#)

SP-Nationalrat Cédric Wermuth, als ehemaliger Juso-Präsident ein Hauptinitiant der 1:12-Initiative, rieb sich die Augen, als er die aktuelle Ausgabe der Informationsschrift der Aargauischen Industrie- und Handelskammer las.

Wermuth: «Die Handelskammer anerkennt den Handlungsbedarf, schlägt aber eine Lösung vor, die hanebüchen und viel radikaler ist als unsere Initiative: Sie will gewisse Firmen kaputtgehen lassen, um überrissene Managergehälter in den Griff zu bekommen», sagt er.



Swisscom-Chef warnt vor den Folgen der 1:12-Initiative

Aktualisiert am 19.05.13, um 12:16

Was Wermuth zu diesem Schluss kommen lässt: In ihrem Organ weist die Aargauische Handelskammer auf die Marktmacht der Konsumenten als Mittel gegen Lohnexzesse hin.

Wenn auch keine Namen genannt werden, so lässt sich das doch ohne weiteres als Boykottempfehlung gegen bestimmte Firmen aus den eigenen Reihen verstehen.

«Ein ganz klarer Boykottaufruf»

Das Wasser auf die Mühlen der 1:12-Initianten liefert Handelskammer-Jurist Philip Schneiter in einem Artikel, der an sich ganz linienkonform die Argumente gegen die Initiative zur Begrenzung der Saläre in den Teppichetagen auflistet: Die Reichen ärmer zu machen, macht die Armen nicht reicher, Topverdiener bezahlen auch hohe Steuern und Sozialabgaben etc.

Dann kommt aber ein Schlussabschnitt, der innerhalb des Wirtschaftsverbands noch zu reden geben dürfte: Wer sich an den überrissenen Salären von Topmanagern störe, könne «systemkonform dadurch reagieren, dass er darauf verzichtet, Produkte von Unternehmen zu erwerben, die ihren Topmanagern unangemessen hohe Saläre ausrichten», heisst es dort.

Der Satz bringt zum Beispiel SVP-Nationalrat, Unternehmer und Handelskammer-Mitglied Ulrich Giezendanner, auf die Palme.

«Das ist ein ganz klarer Boykottaufruf. Das darf doch nicht wahr sein. Das so zu veröffentlichen, ist nicht tolerierbar», enerviert er sich.

Giezendanner hält fest: «Als Bürger und Handelskammer-Mitglied entschuldige ich mich stellvertretend bei den Unternehmen, die betroffen sein könnten.»

«Nur auf Machtmittel hingewiesen»

Autor Schneiter sieht keinerlei Grund für eine Entschuldigung. Sein Beitrag sei keineswegs als Boykottaufruf gegen bestimmte Firmen zu verstehen.

Er habe lediglich auf die Freiheit jedes Einzelnen, auf ein Machtmittel der Konsumenten hingewiesen, das zu wenig eingesetzt werde und staatliche Reglementierungen wie jene der 1:12-Initiative überflüssig machen würde.

«Keine offizielle Verlautbarung»

Handelskammer-Präsident Daniel Knecht sieht das ähnlich. Der Beitrag im Informationsorgan sei zwar keine offizielle Verlautbarung des AIHK-Vorstands, aber er habe auch kein Problem damit.

Für Knecht ist die Formulierung nicht mit einem Boykottaufruf gleichzusetzen, sondern vielmehr ein Appell, die persönliche Freiheit und Verantwortung wahrzunehmen. Die Industrie- und Handelskammer sei entschieden gegen die 1:12-Initiative, betont Knecht.

Ebenso klar stehe für ihn persönlich fest, dass bei den Löhnen für Topmanager übermacht worden sei. Überrissene Saläre könnten zum Reputationsrisiko für eine Firma werden.

Knecht: «Jeder ist in seinem Kaufentscheid frei. Ein Unternehmen, das eine falsche Politik betreibt, wird irgendwann vom Konsumenten bestraft.»

(az Aargauer Zeitung)

ANZEIGE